



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/2611

A09

3 . Juni 2024

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871--2415

Telefax 0211 871-

für die Mitglieder
des Innenausschusses

Sitzung des Innenausschusses am 06.06.2024
Antrag der Fraktion der FDP vom 27.05.2024
„Exklusiver Zugang zum Innenministerium – welche Beziehungen
pfl egte der Innenminister zum Chef einer mutmaßlichen Schleuser-
bande?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Exklusiver Zugang zum In-
nenministerium – welche Beziehungen pfl egte der Innenminister zum
Chef einer mutmaßlichen Schleuserbande?“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 06.06.2024
zu dem Tagesordnungspunkt
„Exklusiver Zugang zum Innenministerium – welche Beziehungen
pfliegte der Innenminister zum Chef einer mutmaßlichen Schleuser-
bande?“

Antrag der Fraktion der FDP vom 27.05.2024

Das Ermittlungsverfahren gegen die mutmaßliche Schleuserbande wird von der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Kriminalität in Nordrhein-Westfalen (ZeOS NRW) bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf unter Mitwirkung der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin geführt. Die nordrhein-westfälische Polizei wurde – in Vorbereitung der Durchsuchungsmaßnahmen vom 17.04.2024 – lediglich im Wege eines Unterstützungersuchens um die Bereitstellung von sechs Diensthundeführern mit Banknotenspürhunden gebeten. Dieses unspezifisch gehaltene Ersuchen vom 12.04.2024, das noch am selben Tag auf der Arbeitsebene positiv beantwortet wurde, ließ allerdings keine näheren Rückschlüsse auf das Ermittlungsverfahren oder gar die Beschuldigten zu. Insofern erhielt das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen erst durch das täglich versandte „Lagebild Innere Sicherheit“ vom Bundesministerium des Innern und für Heimat am frühen Morgen des 17.04.2024 Information über den Einsatz. Ergänzt wurden diese Informationen dann durch die gemeinsame öffentliche Pressemitteilung der ZeOS NRW und der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin sowie die Meldungen der Deutschen Presseagentur. Der Kreis der Beschuldigten ist mir bis heute – mit Ausnahme der öffentlich bekannten Personen, von denen die ersten erstmals Ende April/Anfang Mai mit vollständigem Klarnamen von der Presse publiziert wurden – unbekannt.

Im Zuge des Einsatzes wurden bundesweit von über 1.000 Beamtinnen und Beamten über 100 Wohn- und Geschäftsräume in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern durchsucht sowie zehn Beschuldigte festgenommen, darunter auch Herr Rechtsanwalt B. Ihm und den weiteren Beschuldigten wird vorgeworfen, unter Ausnutzung der Sonderregelungen für ausländische Fachkräfte rund 350 zumeist chinesische Staatsbürger gegen Zahlung hoher fünf- bis sechsstelliger Eurobeträge zu Unrecht Aufenthaltserlaubnisse verschafft zu haben. Welche Behörden in



welchem Umfang hiervon betroffen sind, ist derzeit noch Teil der umfangreichen Ermittlungen.

Seite 3 von 3

In meinem Büro im Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen fanden insgesamt vier Treffen statt, an denen Herr Rechtsanwalt B. teilgenommen hat. Das erste Gespräch am 18.02.2022 war als Kennlerngespräch zwischen Herrn B. und mir angelegt, nachdem mir signalisiert wurde, dass er meine Arbeit als Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen unterstützen wolle. Am 16.08.2022 und 28.09.2022 fanden dann jeweils Gespräche zu Themen meines Ressorts statt. Im einen Fall ging es mit Vertretern des Deutschen Sportwettenverbandes um den im Jahre 2021 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrag, im anderen Fall mit einem Vertreter des privaten Sicherheitsgewerbes um die polizeiliche Begleitung von Schwerlasttransporten. Am 29.09.2022 fand schließlich ein Gespräch zu parteipolitischen Themen in meinem Büro statt.